



Lee Kuan Yew und die Führungsgarde am Nationaltag 1988

(Foto: AW 26.8.'88)

## KOMMENTAR:

# Ein neues Mandarinat?

In den sechziger Jahren prägte der amerikanische Politologe Samuel Huntington die Formulierung, was die neuen Staaten der Dritten Welt angeht, sei es gleich, um welche Regierung es sich handle, solange sie eine starke sei. Lee Kuan Yew, der 1959 in dem kleinen Insel-Stadtstaat an die Macht kam, hat dieses Rezept beherzigt. Um den Staat ging es nie in der Selbstdarstellung der Männer, die Singapur seit dem Erlangen der Unabhängigkeit 1959 mit eiserner Hand geführt haben, sondern um die Regierung, – eine, die dafür da war, Probleme zu lösen, statt Ziele zu setzen.

„Ideologien“ waren verpönt; das Unternehmen „Staat“ wurde stilisiert als ein Singapore Incorporated, dessen Aufgabe darin lag, vorgesehene Wachstumsraten zu erzielen. Eine einheimische Politologin sprach von der bewußten „Depolitisierung“ des Systems zugunsten einer problemorientierten Verwaltung der Gesellschaft.

Nun sieht sich die alte Garde mit einem Problem konfrontiert, das nicht mehr mit Effizienz alleine zu lösen ist: eine Wohlstandsgesellschaft wirft die Sinnfrage auf. Trotz wirtschaftlichen Aufschwungs entschieden sich knapp vierzig Prozent der Wähler gegen die

Regierungspartei in den Wahlen im September 1988. Es war mehr als bloß der Wunsch, der Regierungspartei einen Denkkzettel zu verpassen. Dieses Protestpotential von knapp 40%, das sich bei der Regierungspartei um Lee Kuan Yew nicht mehr beheimatet fühlt, scheint sich gefestigt zu haben. Schon zum zweiten Mal wurde dieses Ergebnis erzielt.

Die „Depolitisierung“ der siebziger Jahre in Singapur diente als ideologischer Schleier für den Aufbau eines Obrigkeitsstaates, der dem alten preußischen alle Ehre gemacht hätte. Der Staat kümmerte sich um alles, förderte die Industrialisierung, errichtete ein vorzügliches Verkehrsnetz, reformierte das Bildungssystem und sorgte – nicht zuletzt – für die soziale Disziplinierung der neuen Bürgerschaft.

Die Bürgerpflicht zur Gehorsamkeit ließ sich aber nicht so leicht erlernen. Erstens spornet zwar der materielle Wohlstand an, verpflichtet aber nicht. Zweitens entpuppt sich Lee Kuan Yew im Lauf der Zeit als Eugeniker (manche würden Rassist sagen), der von der genetischen Überlegenheit der Chinesen gegenüber den Indern und den Malaien, die immerhin gut 20% der

Bevölkerung ausmachen, überzeugt ist. Ihre Bereitschaft zum Gehorsam läßt dementsprechend zu Wünschen übrig. Drittens befindet sich Singapur in der Informationsgesellschaft des zwanzigsten Jahrhunderts, aus der eine gewisse Demokratisierung nicht mehr wegzudenken ist. Eine hermetische Abriegelung der Gesellschaft von Denkströmungen aus dem Westen und Protestbewegungen aus dem Osten ist nicht mehr durchzusetzen.

Die „Vordenker“ der Regierungspartei gehen neuerdings in die ideologische Offensive. Eine nationale Ideologie sei jetzt nötig, meinte der Stellvertretende Premierminister unmittelbar nach der Wahl 1988. Zurückgegriffen haben sie auf den Konfuzianismus, bzw. auf die sogenannten Kernwerte des Konfuzianismus, von denen einer unbedingter Gehorsam heißt. Die Regierungsgeschäfte sollen der geistigen Elite vorbehalten sein. Ein neues Mandarinat soll entstehen. Fraglich bleibt, ob dieser ideologische Blick nach hinten die moralische, integrative und sinnstiftende Basis eines modernen, auch zur Effizienz verpflichteten Staates bilden kann.

Anita Chen